

Pressemitteilung v. 20.11.2007

**Bundesgemeinschaft Gegliedertes Schulwesen und
Deutscher Elternverein verabschieden
„Hannoveraner Appell“
für den Erhalt des gegliederten, differenzierten Schulsystems**

Fatale Schulpolitik – Bildung nur noch für Privilegierte?

Hannover / Göttingen / Kiel - Aus Besorgnis über die Entwicklung der Schulpolitik in der Bundesrepublik Deutschland trafen sich die Delegierten der Bundesgemeinschaft Gegliedertes Schulwesen (BGSW) und des Deutschen Elternvereins (DEV) im November 2007 in Hannover.

„Die Schulpolitik vieler deutscher Landesregierungen führt heute schon zu einer Privatisierung der Bildung“, stellte die Vorsitzende der BGSW, Regine Eckel fest. „Bildungsbewußte Eltern mit dem nötigen finanziellen Hintergrund bevorzugen für ihre Kinder Privatschulen. Gründungspläne für neue Privatschulen häufen sich bundesweit,“ bestätigte Dr. Ulrich Kliegis, Vorsitzender des DEV. Gerade die Schulpolitik etlicher SPD-regierter Länder dünne das staatliche Schulangebot immer mehr aus – zu Lasten der Kinder aus minderprivilegierten Familien. Die SPD bekenne sich in ihren Parteitagsbeschlüssen zur flächendeckenden Einführung integrierter Schulformen und betreibe damit die **Abschaffung der Wahlfreiheit, also des Elternwillens!** Mit bewußt irreführenden Argumenten, die sowohl durch eine gezielte Fehlinterpretation der PISA-Studien, als auch durch eine böswillige Diffamierung des gegliedertes Schulsystems erzeugt werden, werde die Gutgläubigkeit und Ahnungslosigkeit von Eltern ausgenutzt.

„Besorgniserregend ist auch, daß etliche CDU-regierte Bundesländer diese falsche Schulpolitik mitbetreiben und damit die Lebenschancen der Kinder mutwillig aufs Spiel setzen“, so Eckel. Viele CDU-Politiker und ebenso Vertreter der Wirtschaft bekenneten sich nicht mehr zum nachweislich erfolgreicherem differenzierten Bildungsangebot, dessen bessere Förderung u.a. durch eine angegliche Ausgangsbasis der Kinder deutlich höher sei. Dabei handele es sich bei den sogenannten neuen Schulformen zumeist nur um eine Umetikettierung der alten Gesamtschule, ob sie nun Sekundarschule, Stadtteilschule, Realschule-plus oder Gemeinschaftsschule heiße. „Die Gesamtschule hat jahrzehntelang in allen einschlägigen Studien (TIMSS, LAU, PISA 2000, TOEFL, PISA 2003) schlecht abgeschnitten, während z.B. die Leistungen der Schüler in Bayern, die das dort reine gegliederte Schulsystem besuchen, zur internationalen Spitzengruppe zählten“, stellte Kliegis fest. „Warum laufen die CDU-Politiker der falschen SPD-Schulpolitik hinterher? Die SPD-Schulpolitik wird in unverantwortlicher Weise das allgemeine Bildungsniveau senken und damit auch den Wirtschaftsstandort Deutschland massiv gefährden“, so Kliegis.

Die Anwesenden waren sich einig, daß gerade die Hauptschule ihre wichtige Funktion im gegliederten Schulsystem behalten müsse. Durch die Abschaffung der Hauptschule schaffe man ja den Hauptschüler nicht ab. Es müsse weiterhin eine Schulart geben, die in überschaubaren Lerngruppen und stabilen sozialen Beziehungen gerade die Jugendlichen fördert, die vorwiegend praktisch und handwerklich begabt sind. Daß die Hauptschule allgemein nicht mehr ausreichend angenommen wurde, sei ausschließlich der Politik anzulasten, besonders der SPD-Schulpolitik, die sie jahrzehntelang schlechtgeredet und kaputtgespart habe, um ihre integrierten Modelle durchzusetzen. Wer heute zur Hauptschule geht, kann ohne weiteres erfolgreich bis zum Abitur und Hochschulstudium durchstarten – das läßt unser Bildungssystem schon lange problemlos zu, und zahlreiche Persönlichkeiten in Führungspositionen der deutschen Wirtschaft (und auch Politiker!) beweisen genau diesen Weg! Diese Chancen werden die „neuen“ Schulformen nicht mehr bieten – die Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen entfallen zugunsten fremdverwalteter Begabungen.

An die verantwortlichen Politiker und Wirtschaftsvertreter richtete die Versammlung den **Hannoveraner Appell**:

**„Treten Sie ein für ein leistungsstarkes differenziertes Schulangebot, in dem der einzelne Schüler seiner Begabung entsprechend gefördert werden kann!
Treten Sie der Verarmung des Bildungsangebotes aktiv und offensiv entgegen!“**